

# Auf dem Holzweg

**Bjørn Lomborg** kritisiert die deutsche Klimapolitik als reines Wunschdenken.

Ich bin seit über einem Jahrzehnt an der Klimadebatte beteiligt, bin aber immer noch darüber erstaunt, auf was für einem Holzweg wir uns befinden. Lassen Sie uns versuchen, eine vollkommen neue Sichtweise auf den Klimawandel einzunehmen.

Im Jahr 1997 wurde im Kyoto-Protokoll eine rechtlich bindende Obergrenze für die Emissionen der reichen Länder vereinbart. Doch Kyoto und all unsere wunderbaren Programme haben nicht wirklich etwas erreicht. Kyoto legte als Ziel einen Anstieg der weltweiten Emissionen seit 1990 um 36,6 Prozent fest. Tatsächlich sind sie aber um 45,4 Prozent gewachsen. Ganz ohne Kyoto lägen sie nur etwa einen halben Prozentpunkt höher bei 45,9 Prozent. In einfachen Worten: Die globale Klimapolitik ist nichts als Wunschdenken.

Leider ist das gleiche Wunschdenken auch für die deutsche Klimapolitik kennzeichnend. Wie die meisten anderen EU-Staaten sieht sich Deutschland bislang als Speerspitze einer zeitgemäßen Klimapolitik und hat langfristig drastische CO<sub>2</sub>-Einsparungen versprochen, moderate Kohlendioxideinsparungen durchgesetzt und hofft nun, als gutes Beispiel für andere Länder zu dienen und diese zu Emissionskürzungen zu bewegen.

Wenn man sich umschaute, sieht man viele Solar- und Windkraftanlagen. Allein für Solaranlagen werden in Deutschland am Ende insgesamt rund 100 Milliarden Euro an Subventionen ausgeben, obwohl sie nur 0,5 Prozent der deutschen Stromproduktion ausmachen. Dadurch sind die Strompreise in Deutschland in schwindelerregende Höhen geklettert. Seit dem Jahr 2000 sind die Strompreise preisbereinigt um 61 Prozent nach oben geschneit. Ein Viertel des Preises setzt sich aus direkten Subventionen der erneuerbaren Energien zusammen. Die Preissteigerungen sind mit ein Grund dafür, dass mehr als 800 000 Haushalte in Deutschland nicht mehr in der Lage sind, ihre Stromrechnungen zu bezahlen.

Allein im letzten Jahr sind die gesamten Energiekosten um zehn Prozent gestiegen. Laut der Europäischen Zentralbank wird dadurch das Wirtschaftswachstum um 0,4 Prozent zurückgehen und dadurch zusätzliche jährliche Kosten von 13,6 Milliarden Euro verursachen. Diese Kosten dürften mit ehrgeizigeren Zielsetzungen noch steigen. Der Durchschnitt aller makroökonomischen Modelle deutet für Deutschland auf einen jährlichen Wohlstandsverlust von 50 Milliarden Euro bis 2020 hin. Das ist teuer und macht die Energiewende auf lange Sicht untragbar.

Doch Deutschland zahlt nicht nur für die Subventionen für Solar- und Windanlagen. Es gibt auch noch Folgekosten. Mit dem wachsenden Anteil, den Wind- und Sonnenenergie an der Stromgewinnung haben, steigen auch die Schwankungen in der Energiegewinnung besorgniserregend. Wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint, benötigt Deutschland zusätzliche Energiequellen. Daher muss man eigentlich für jede neue Windkraftanlage ein Gaskraftwerk bauen, um den Wind bei Flaute ersetzen zu können.

Bis jetzt ist der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland relativ gering, und das Land verlässt sich im Notfall auf die Kapazitäten der Nachbarstaaten. Da der Anteil aber größer wird, kann es zeitweise zu einer Überversorgung mit Strom kommen und zeitweise zu einem großen Bedarf an Stromreserven. Abgesehen von den Kosten, geht dies zulasten der Zuver-



laif [M] Handelsblatt

lässigkeit und erhöht das Risiko von Stromausfällen. Das hat sogar schon dazu geführt, dass Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei nun die Abtrennung Deutschlands vom Stromnetz fordern.

Trotzdem versteht sich Deutschland als Vorbild auf dem Weg hin zu einer in Zukunft nachhaltigeren Energiegewinnung. Man ist der Meinung, dass dies andere dazu anregen werde, dem Land zu folgen. Aber das Land ist kein Vorbild für die Welt. Dennoch gewinnt Deutschland immer noch weniger Strom aus Erneuerbaren als der OECD-Durchschnitt. Auch inspiriert Deutschland niemanden. In der Tat steht Deutschland mit seiner Forderung nach einer Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ziemlich allein da. Während die EU ihre Emissionen seit 1990 nominal um 14 Prozent zurückgeschraubt hat (vier Prozent gehen auf Deutschland zurück), ist der Verbrauch von Importgütern, die anderswo CO<sub>2</sub> ausgestoßen haben (häufig in China), in der übrigen EU gestiegen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Rest-EU hat also in Wirklichkeit um vier

Prozent zugenommen, wenn man den Verbrauch einrechnet.

Viele Deutsche fragen sich, warum nicht mehr Länder ihrem Beispiel folgen. Die schlichte Antwort ist: Die Kosten wären zu hoch. Es gibt eine direkte Verbindung zwischen der Wirtschaftsleistung und den energiebedingten Emissionen. Einfach ausgedrückt: Länder verbrennen nicht deshalb fossile Brennstoffe, weil sie die Umweltschützer ärgern wollen. Sie tun es, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Tatsächlich werden Deutschland und der Westen für das Klima immer unwichtiger. Sicher, wir in der entwickelten Welt haben den Großteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen des 20. Jahrhunderts zu verantworten. Aber wir rutschen langsam in die Bedeutungslosigkeit ab. Im Grunde ist Deutschlands Energiewende ohne die Mitarbeit Chinas, Indiens und der übrigen Welt ziemlich sinnlos. Und danach sieht es im Moment nicht aus, denn unsere Wohlfühlpolitik verursacht hohe Kosten und bringt wenig Nutzen. Das können sich arme Länder nicht leisten.

Was also sollen wir nun tun in Bezug auf die Erderwärmung? Zunächst müssen wir uns eingestehen, dass der derzeitige, altmodische Ansatz gescheitert ist. Selbst wenn sich die ganze Welt an Kyoto halten würde, würden die Temperaturen am Ende des Jahrhunderts nur um verschwindende 0,004° C zurückgehen. Die 20-20-20-Strategie der EU wird in diesem Jahrhundert einen Wohlstandsverlust von 15 000 Milliarden Euro verursachen. Dabei werden die Temperaturen nur um 0,05° C sinken. Außerdem sind die grünen Energien noch nicht ausgereift. Sie sind deutlich teurer als die herkömmlichen Energieträger, und ihre Entwicklung schafft keine neuen Arbeitsplätze. Auch zerstören die

Subventionen Arbeitsplätze in anderen Bereichen der Wirtschaft.

Auf den Punkt gebracht: Im Rahmen der momentan geltenden gesetzlichen Regelungen zahlen wir viel zu viel für ein viel zu schlechtes Ergebnis. Es lässt sich leicht nachweisen, dass selbst einzelne Klimaprogramme nichts als Unsinn sind. Betrachten Sie etwa den Schaden, den eine zusätzliche Tonne CO<sub>2</sub> anrichtet. Der letzte von Wissenschaftlern nach dem „Peer Review“-Verfahren überprüfte Überblick über 311 veröffentlichte Schätzungen zeigt, dass die Gesamtkosten für die am wahrscheinlichsten eintretenden zukünftigen Schäden bei etwa vier Euro pro Tonne liegt. Vergleichen



Wir zahlen viel zu viel für ein viel zu schlechtes Ergebnis. Es lässt sich leicht nachweisen, dass selbst einzelne Klimaprogramme nichts als Unsinn sind.

Sie das mit den 622 Euro, die Deutschland ausgibt, um mit Solarenergie die Emission einer Tonne CO<sub>2</sub> zu vermeiden. Wir können nicht so tun, als ob ein Klimagipfel mehr oder weniger oder noch eine Runde von Versprechungen daran etwas ändern wird. Der alte Ansatz ist schlichtweg gescheitert.

Um uns dem Ziel der langfristigen Verringerung der Emissionen anzunähern, sollten wir die nachhaltigen Energieträger deutlich erschwinglicher machen. Doch nicht mit Hilfe von Subventionen - die können wir uns nicht leisten -, sondern durch die Verwendung neuer Technologien. Wenn intelligente, grüne Technologien so weiterentwickelt werden könnten, dass sie billiger als fossile Brennstoffe sind, würde jeder wechseln - selbst die Chinesen.

Es würde selbstverständlich eine viel größere Innovationsleistung erfordern, um Durchbrüche bei den umweltfreundlichen Technologien zu erzielen. Ich war an der Vorbereitung des Klimaabkommens von Kopenhagen beteiligt, zusammen mit 27 der besten Klimaökonomien. Dort befand eine Gruppe von Wirtschaftsexperten, darunter drei Nobelpreisträger, dass der auf lange Sicht beste Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels eine enorme Steigerung der Investitionen in grüne Forschung und Entwicklung sei. Sie schlugen vor, das weltweite Budget für Forschungs- und Entwicklungsarbeit um das Zehnfache auf 100 Milliarden Dollar jährlich aufzustocken. Das entspräche 0,2 Prozent des weltweiten BIP und bedeutete für Deutschland eine jährliche Verpflichtung von 6,8 Mrd. Euro.

Natürlich kann man einen Erfolg der Forschungs- und Entwicklungsprogramme nicht garantieren. Es könnte sein, dass wir Milliarden ausgeben und in 40 Jahren trotzdem mit leeren Händen dastehen. Aber Forschungsarbeit hat deutlich bessere Erfolgsaussichten als eine Fortsetzung der derzeitigen wirkungslosen Versuche, die wir seit 20 Jahren unternehmen.

**Der Autor ist dänischer Umweltaktivist und Politikwissenschaftler.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)



Länder verbrennen nicht deshalb fossile Brennstoffe, weil sie die Umweltschützer ärgern wollen. Sie tun es, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.